

Eine Mund-Nasen-Bedeckung liegt während einer Unterrichtsstunde einer fünften Klasse neben einem Mäppchen und Schulbüchern auf einem Schultisch. In Baden-Württemberg sollen die Schüler nach den Sommerferien wieder regulär unterrichtet werden. BILD: DPA



So viel Schule wie möglich

- Kultusministerium legt Konzept für neues Schuljahr vor
- Kernfächer sollen bevorzugt unterrichtet werden
- Präsenz- und Fernunterricht werden parallel angeboten



VON ULRIKE BÄUERLEIN
ulrike.baeuerlein@suedkurier.de

Stuttgart – Zumindest eine Frage zum Schulbetrieb im nächsten Schuljahr beantwortet Susanne Eisenmann bereits jetzt unmissverständlich: Ja, sitzenbleiben werde wieder möglich sein, kündigt die CDU-Politikerin und Kultusministerin am Mittwoch in Stuttgart an. Abgesehen davon aber sind noch viele Fragen dazu offen, wie es weitergeht an den Schulen nach den Sommerferien.

Viele dieser Fragen kann das Kultusministerium derzeit nicht beantworten, weil alles unter dem Vorbehalt der Entwicklung des Corona-Infektionsgeschehens liegt. Eine zweite Infektionswelle könnte alle Planungen wieder hinfällig machen. Dennoch gibt es nun ein Rahmenkonzept, das Eisenmann gestern in Stuttgart vorstellte und mit dem die Schulen für die Zeit nach den Sommerferien planen können.

Das elfseitige Papier samt Begleitbrief der Ministerin ist den Schulen und Schulleitungen im Land bereits zugegangen. Prompt gab es schon öffentliche Kritik, noch bevor das Konzept öffentlich war. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) kritisierte, dass Lehrer bei Personalmangel an mehreren Dienstorten eingesetzt werden sollen; die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie der Landeselternbeirat (LEB) nannten die geplante Rückkehr an die Schulen „verfrüht und viel zu riskant“.

Nach den Sommerferien, so sieht es das „Konzept für einen Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“ für weiterführende Schularten vor, sollen Schüler und Lehrer an die Schulen zum Präsenzunterricht zurückkehren, Angehörige von Risikogruppen ausgenommen. Für diese werden weiter Fernunterricht und isolierte Lerngruppen angeboten. „Alle Kinder sollen jeden Tag in die Schule gehen. Damit das

möglich ist, müssen wir die Abstandsregel aufheben. Präsenz- und Regelunterricht geht nur ohne Abstandsregeln“, sagte Eisenmann, das sei mit den anderen Bundesländern und der Kultusministerkonferenz auch so abgestimmt.

Klassenverbände und Lerngruppen sollten aber möglichst während des Schulbetriebs zusammengehalten werden und es sollte möglichst wenig Durchmischung der Schüler stattfinden. „Viele Eltern fragen sich, warum wir nicht einfach ganz normal weitermachen können, es sei doch alles wieder wie vorher. Das ist es aber nicht“, sagte Eisenmann. „Die Pandemie ist nicht weg. Wir können nur einen Schritt nach dem andern machen.“

Klar ist: Einen normalen Schulalltag mit gemeinsamen Pausenzeiten, mit AGs am Nachmittag, mit Klassen-



„Im neuen Schuljahr sollen alle Kinder jeden Tag in die Schule gehen.“

Susanne Eisenmann,
Kultusministerin (CDU)

Wer nicht zur Schule darf

Um mögliche Infektionen nicht in die Schulen zu tragen, bleibt auch nach den Sommerferien vorerst vom Schulbetrieb ausgeschlossen, wer

- **Kontakt** zu einer infizierten Person hat oder hatte und der Kontakt noch nicht länger als 14 Tage zurückliegt

- **Symptome** eines Atemwegsinfekts, erhöhte Temperatur oder einen gestörten Geruchs- und Geschmackssinn aufweist.

Wer am Schulbetrieb teilnimmt, muss schriftlich bestätigen, dass kein Ausschlussgrund vorliegt. (uba)

fahrten und Schullandheimen wird es auch im neuen Schuljahr nicht geben. Und die Kinder müssen nicht zur Schule. Eltern, die nicht wollen, dass ihr Kind am Präsenzunterricht teilnimmt, müssen dies der Schule formlos melden. Die Schüler müssen am Fernunterricht teilnehmen, der weiter angeboten wird. Allerdings müssen Lehrer den Fernunterricht künftig dokumentieren, auch Leistungstests für Schüler wird es geben. Kritik kam vom grünen Regierungspartner: „Dass Schüler ohne Attest vom Präsenzunterricht befreit werden, halten wir für schwierig“, sagte Sandra Boser, bildungspolitische Sprecherin der Grünen.

Knackpunkt eines regulären Unterrichtsangebots aber ist, dass ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Rund 20 Prozent der Lehrer hatten sich in Baden-Württemberg bislang selbst einer Risikogruppe zugeordnet und standen nicht für den Präsenzunterricht zur Verfügung. Mit Einführung der Attestpflicht im Juli zeigt sich nun, dass diese Zahl deutlich sinkt. „Genau Zahlen werden gerade erhoben“, sagte Eisenmann. „Klar ist, dass diese Lehrer keine Ferien haben, sondern für Fernunterricht zur Verfügung stehen müssen“, sagte Eisenmann.

Weil es dennoch Engpässe geben wird, hat der Pflichtunterricht in den Kernfächern Vorrang. Zudem sollen Lehrern auch an verschiedenen Dienstorten eingesetzt werden können. Fächer wie Sport und Musik soll es zwar geben, wo möglich, aber mit Einschränkungen – so sei Singen im Musikunterricht nicht möglich.

Als zentrale Aufgabe für das kommende Schuljahr nannte die Kultusministerin, mögliche Versäumnisse nachzuholen. Zum Start des Schuljahres sollen die Lehrer zunächst die Lernlücken ihrer Schüler ausfindig machen. Der neue Lernstoff wurde bereits um 25 Prozent entschlackt, um Luft zu schaffen, und es werden alle Abschlussprüfungen bis zu vier Wochen nach hinten geschoben. Was es aber im neuen Schuljahr auch nicht geben wird: „Wir machen keine Prüfungen ‚light‘“, kündigte Eisenmann an.